



Die große Umfairteilung

Umverteilung. Ob der deutsche Sozialstaat funktioniert, ist umstritten. Die Zahlen aber sprechen eine klare Sprache: Wer viel verdient, muss viel Steuern und Sozialabgaben zahlen, wer wenig hat, bekommt aus diesen Töpfen Unterstützung. Mit einem neuen, interaktiven Online-Tool des IW kann jeder selbst herausfinden, wie viele Abgaben er 2019 gezahlt und wie viele Transferleistungen er bekommen hat. —> [Seiten 2-5](#)

Arbeitszeit

Die Zufriedenheit der M+E-Unternehmen mit tariflichen Arbeitszeitregelungen sinkt. Kritik gibt es vor allem an der verkürzten Vollzeit und dem Wahlmodell T-ZUG.

—> [Seiten 6-7](#)

Direktinvestitionen

Die deutschen M+E-Unternehmen investieren überdurchschnittlich stark im Ausland. Die Corona-Epidemie zeigt, wie verletzlich die internationalen Netzwerke sind.

—> [Seiten 8-9](#)

Wer hat, dem wird genommen

Umverteilung. Ob im Steuersystem, bei der Kranken- und Rentenversicherung oder durch Sozialabgaben sowie -transfers: In Deutschland wird massiv umverteilt. Das gelingt deutlich besser, als es die öffentliche Diskussion häufig vermuten lässt. Denn das Leistungsprinzip funktioniert – wer viel verdient, muss viel abgeben, und wer wenig hat, bekommt Unterstützung. Nur zwei Aspekte könnten noch besser sein, zeigt eine neue Analyse des IW.

Manchmal kann der nüchterne Blick auf die Zahlen eine hitzige Debatte versachlichen. Das gilt auch

für all die Diskussionen über den deutschen Sozialstaat und seine vermeintlichen Ungerechtigkeiten, die manche mit einer neuen Vermögensteuer oder einem höheren Spitzensteuersatz bekämpfen wollen. Das IW zeigt in einer neuen Studie jetzt, dass entsprechender Aktionismus gar nicht nötig ist. Denn die Umverteilung von Reich zu Arm funktioniert (Grafik Seite 3):

Im Jahr 2019 zahlten die einkommensreichsten 10 Prozent der Haushalte in Deutschland durchschnittlich über 47.600 Euro mehr an Steuern und Sozialabgaben, als sie aus dem Transfersystem erhielten.

Beim obersten Prozent waren es sogar mehr als 118.000 Euro.

Nahezu mustergültig ist die Stelle im Einkommensgefüge, an der aus Nettoempfängern Nettozahler werden. Um diesen Punkt zu bestimmen, hat das IW die Haushaltseinkommen ihrer Höhe nach gereiht und die Haushalte in zehn gleich große Gruppen – Dezile – aufgeteilt:

Die Haushalte im fünften Dezil erhalten jährlich per saldo noch fast 500 Euro vom Staat und den Sozialversicherungen. Im sechsten Zehntel müssen sie dann schon auf fast 3.000 Euro ihres Bruttoeinkommens zum Wohl der Allgemeinheit verzichten.

Einzig am unteren Ende der Einkommensskala scheint das System nicht perfekt – denn nicht im ersten, sondern erst im zweiten und dritten

Wer wie viel vom Staat bekommt

Durchschnittlicher Anteil dieser staatlichen Transfers im Jahr 2019 am jeweiligen Bruttoeinkommen in Prozent

	Insgesamt	Darunter: gesetzliche Renten	Pensionen	ALG II und Grundsicherung	Kindergeld
Untere 5 Prozent	66,5	18,1	0,0	26,4	12,2
1. Dezil	66,5	24,2	0,0	25,5	9,2
2. Dezil	61,7	41,3	0,3	10,7	4,6
3. Dezil	53,8	42,7	0,5	4,3	3,2
4. Dezil	47,8	37,2	2,2	2,2	2,6
5. Dezil	34,8	24,8	3,9	1,3	2,4
6. Dezil	28,4	18,5	4,6	0,7	2,1
7. Dezil	19,0	11,3	4,2	0,2	1,9
8. Dezil	13,5	6,8	3,9	0,2	1,4
9. Dezil	11,9	4,1	5,8	0,1	1,1
10. Dezil	5,1	1,6	2,6	0,0	0,6
Obere 5 Prozent	3,4	1,1	1,6	0,1	0,4
Oberes 1 Prozent	1,0	0,4	0,2	0,0	0,3
Insgesamt	22,9	14,1	3,4	1,8	1,9

Umverteilung: Wie sie wirkt

Steuern und Sozialabgaben sowie erhaltene Zahlungen in Euro je Haushalt im Jahr 2019. Ein negativer Wert bedeutet, dass der entsprechende Haushalt in der Summe weniger an den Staat und die Sozialsysteme gezahlt als von ihnen bekommen hat.

	Steuern	Sozialbeiträge	Steuern und Sozialbeiträge insgesamt	Monetäre Transfers insgesamt	Saldo aus Abgaben und Transfers
Untere 5 Prozent	2.369	917	3.286	6.632	-3.346
1. Dezil	2.810	1.237	4.047	8.467	-4.420
2. Dezil	4.007	2.164	6.171	12.616	-6.446
3. Dezil	5.221	3.147	8.368	14.615	-6.247
4. Dezil	6.543	4.020	10.562	15.728	-5.166
5. Dezil	8.377	4.998	13.375	13.853	-478
6. Dezil	10.545	5.862	16.408	13.548	2.860
7. Dezil	13.653	7.057	20.710	10.914	9.796
8. Dezil	16.763	8.189	24.952	9.016	15.936
9. Dezil	22.417	9.263	31.680	9.791	21.889
10. Dezil	44.928	9.754	54.683	7.059	47.624
Obere 5 Prozent	58.346	9.307	67.653	5.929	61.723
Oberes 1 Prozent	113.738	7.729	121.467	3.279	118.188
Insgesamt	13.010	5.388	18.398	11.660	6.738

Dezile: Alle deutschen Haushalte wurden nach ihrem sogenannten Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommen (OECD-Skala) sortiert und in zehn gleich große Gruppen vom niedrigsten bis zum höchsten Einkommen aufgeteilt

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Einkommenszehntel bekommen die Haushalte den größten Batzen vom Staat: jeweils über 6.000 Euro. Das hat allerdings den einfachen Grund, dass sich im zweiten und dritten Einkommenszehntel besonders viele Rentner befinden. Und deren Einkommen stammt eben auch aus dem Sozialsystem.

Einen vergleichbaren Effekt gibt es bei Pensionen (Grafik Seite 2):

Die meisten Pensionszahlungen leistet der Staat an Haushalte im neunten Dezil. Die Pensionen machen in diesem Zehntel fast 50 Prozent der monetären staatlichen Transfers aus.

Ein weiterer Grund dafür, dass nicht die niedrigsten Einkommen den besten Schnitt aus Abgaben und Transfers haben, liefert das deutsche

Steuersystem: Zwar sind einige Steuersätze wie die der Einkommensteuer progressiv, steigen also mit dem Einkommen an, doch andere Steuern und Abgaben sind ein fixer Prozentsatz.

Gleichzeitig ist der Anteil der Konsumausgaben am Einkommen bei den Beziehern niedriger Einkommen am höchsten. Das macht sich beispielsweise bei der Mehrwertsteuer bemerkbar:

Im Jahr 2019 zahlten die einkommensärmsten 10 Prozent der Bevölkerung 14 Prozent ihres Einkommens an Mehrwertsteuer; im achten Einkommensdezil war der Anteil nur noch halb so hoch.

Allerdings weist das IW in seiner Studie darauf hin, dass gerade die Mehrwertsteuer, aber beispielsweise

auch die EEG-Umlage, bei der Berechnung staatlicher Transfers berücksichtigt werden. Letztlich zahlt der Staat diese Beträge für einkommensschwache Haushalte also über seine Sozialtransfers.

Auch bei den Steuern auf Alkohol, Tabak und Wettspiele zahlen die Einkommensärmsten mit mehr als 2 Prozent ihrer Einkommen den mit Abstand größten Anteil. Daraus einen Skandal zu machen, wäre aber die falsche Perspektive: Diese Abgaben sind allesamt als sogenannte Lenkungssteuern konzipiert – der Fiskus macht bestimmte Produkte bewusst teurer und unattraktiver, um so deren Konsum einzuschränken.

Fortsetzung

An anderer Stelle, so die Studie des IW, könnten vermeintliche Probleme des Umverteilungssystems indes einfach gelöst werden: In vielen Fällen nehmen einkommensarme Haushalte, die das Recht auf staatliche Unterstützung hätten, diese nicht an – zum Beispiel das Wohngeld. Dadurch verteilt der Staat weniger um, als es das System vorsieht. Durch mehr Transparenz und eine effizientere Verwaltung könnte das Leistungsprinzip im deutschen Sozialstaat noch besser funktionieren.

Unterm Strich zeigt die Analyse der verfügbaren Daten, dass diese beiden Aspekte die Leistungsfähigkeit des Umverteilungssystems kaum einschränken:

Der Anteil staatlicher Transfers machte beim ärmsten Zehntel zwei Drittel des Bruttoeinkommens aus, beim einkommensreichsten nur noch 5 Prozent.

Gleichzeitig steigt die prozentuale Belastung der Bruttoeinkommen durch Steuern und Sozialbeiträge mit dem Einkommen – allerdings nicht so stark, wie mancher vermutet oder hofft:

Steuern und Sozialabgaben belasten die Bruttoeinkommen des zweiten Dezils mit rund 30 Prozent. Das oberste Dezil wird mit mehr als 39 Prozent belastet.

Durch die bereits geschilderte Problematik der regressiv wirkenden Mehrwertsteuer liegt die Belastung im untersten Einkommenszehntel mit knapp 32 Prozent etwas höher.

Generell zeigt die IW-Auswertung aber, dass sich in den oberen Dezilen die progressive Einkommensteuer durchaus bemerkbar macht:

Die Gesamtsteuerbelastung der deutschen Haushalte steigt von knapp 20 Prozent im zweiten Dezil auf 32 Prozent im zehnten Dezil.

Die Sozialbeiträge legen analog dazu ebenfalls zu – aber nur bis auf knapp 13 Prozent im fünften Einkommensdezil. Danach machen sich die Beitragsbemessungsgrenzen in der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung bemerkbar – also jene Bruttoeinkommen, ab denen keine zusätzlichen Beiträge an die Versicherungen mehr fällig werden.

In der Kranken- und Pflegeversicherung liegt diese Grenze bei rund 56.000 Euro jährlich, in der Renten-

versicherung deutlich darüber: Im „günstigsten“ Fall bei 77.400 Euro – und zwar in der allgemeinen Rentenversicherung im Osten Deutschlands.

In den höheren Dezilen wirkt dann außerdem die Versicherungspflichtgrenze der Krankenversicherung: Ab einem bestimmten Einkommen, derzeit sind es knapp 63.000 Euro pro Jahr, muss man sich nicht länger gesetzlich krankenversichern.

Die private Vorsorge jenseits der Versicherungspflichtgrenze wird in der Abgabenstatistik indes nicht erfasst. Folglich wird die tatsächliche Belastung reicherer Haushalte für Versicherungen unterschätzt – sie liegt zusammen mit den Zahlungen an die private Krankenversicherung sicherlich höher.

Gleiches gilt für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung der Selbstständigen. Denn die haben ebenfalls keine Versicherungspflicht, sorgen aber auch privat vor.

IW-Report 6/2020

Martin Beznoska: Die Verteilung von Steuern, Sozialabgaben und Transfereinkommen der privaten Haushalte
iwkoeln.de/leistungsprinzip

Online-Tool: „Wer den Staat finanziert“

Das IW hat zusammen mit seiner neuen Umverteilungsstudie ein interaktives Tool veröffentlicht. Mit ihm kann jeder Nutzer herausfinden, wo er mit seiner Familie im deutschlandweiten Verteilungsranking steht: Nach Angaben zum Haushaltseinkommen und der Familienkonstellation verrät das Tool, wie viel Prozent der deutschen Haushalte mehr und wie viele weniger verdienen. Man erfährt außerdem, wie viele Abgaben man 2019 gezahlt und wie viele Transfers man bekommen hat – wahlweise in Euro oder in Prozent des Einkommens.



Interaktive Grafik:
iwkoeln.de/verteilungsstroeme

Funktioniert das Umverteilungssystem?

Pro und Kontra. Steuer- und Transfersysteme verteilen in Deutschland viel Geld um – aber sind die Ergebnisse zufriedenstellend?



„Ja“,



sagt **Martin Beznoska**, Senior Economist für Steuerpolitik im Institut der deutschen Wirtschaft

Die Ergebnisse unserer Verteilungsanalyse zeigen, dass unter Berücksichtigung sämtlicher Steuern, Sozialabgaben und staatlicher Transfers das Prinzip der Leistungsfähigkeit funktioniert. Die Haushalte in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung zum Beispiel erhalten im Schnitt deutlich mehr vom Staat, als sie an diesen abführen.

Auf der einen Seite spielen dafür vor allem bedarfsgeprüfte Sozialtransfers wie das Arbeitslosengeld II, das Wohngeld und die Grundrente eine zentrale Rolle. Auf der anderen Seite bleibt die Belastungswirkung des Steuersystems bis ins oberste Prozent der Einkommensverteilung progressiv. Das gilt vor allem für die Einkommensteuer, deren Steuersatz mit der Höhe des Einkommens steigt.

Zwar belasten indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer geringere Einkommen relativ stärker, doch bei den Empfängern von Sozialleistungen übernimmt diese Abgaben größtenteils ohnehin der Staat, indem er seine Transfers entsprechend anpasst. Verbesserungswürdig ist jedoch die Tatsache, dass die Haushalte im unteren Bereich der Einkommensverteilung nicht immer ihre Ansprüche, zum Beispiel auf Wohngeld, geltend machen. Bürokratieabbau und eine effizientere Verwaltung könnten helfen, die Inanspruchnahme zu erhöhen.

Es gibt also keine Anhaltspunkte dafür, dass die Umverteilungswirkung des bestehenden Steuer- und Transfersystems zu gering ist.



„Nein“,



sagt **Joachim Rock**, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen Gesamtverband

Der Sozialstaat verteilt viel, aber er verteilt viel zu wenig um. Menschen in Armut sind über die regressiv wirkenden indirekten Steuern überproportional belastet. Selbst Geringverdienende sind voll abgabenpflichtig, während hohe Einkommen nur bis zur Bemessungsgrenze verarbeitet werden.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende und ihre Familien betrifft derzeit sechs Millionen Menschen, darunter zwei Millionen Kinder, aber sie macht weniger als 5 Prozent des Sozialbudgets aus. Zudem nehmen zwischen 40 und 60 Prozent der Berechtigten ihre Ansprüche auf Grundsicherung aus Unwissenheit oder Scham nicht wahr und tauchen nicht in den Statistiken auf.

Auch die Lohnentwicklung fördert die Ungleichheit: Zwischen 1991 und 2016 wuchsen die Einkommen des einkommensstärksten Zehntels real um 35 Prozent, die des ärmsten Zehntels sanken um 8 Prozent. Nicht nur Personen, ganze Regionen sind von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt. Die soziale Infrastruktur für Erziehung, Versorgung und Pflege wird dem Bedarf vielerorts nicht mehr gerecht. Diese Entwicklungen spiegelt die Statistik wider: 15,5 Prozent der Bevölkerung gelten als arm, darunter jedes fünfte Kind. Bei den Älteren steigt die Armut rasant, die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden unter ihnen hat sich in den vergangenen 15 Jahren mehr als verdoppelt und wächst weiter.

Der soziale Zusammenhalt erodiert, mit Folgen für die Demokratie. Höchste Zeit, um in mehr Gleichheit zu investieren!

Knackpunkt betriebliche Arbeitszeit

Metall- und Elektro-Industrie. In puncto Arbeitszeitvolumen und Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit ist die Mehrheit der M+E-Unternehmen mit dem Flächentarif zufrieden, wie eine IW-Befragung zeigt. Probleme bereiten den Firmen aber die verkürzte Vollzeit und das Wahlmodell T-ZUG.

Die Tarifrunde 2018 in der Metall- und Elektro-Industrie war eine komplizierte Angelegenheit. Auf der einen Seite wollte die IG Metall dem Wunsch der Arbeitnehmer nach mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit Rechnung tragen, auf der anderen Seite mussten die Arbeitgeber für ihre Unternehmen sicherstellen, dass das Arbeitszeitvolumen insgesamt erhalten bleibt.

Am Ende stand ein Kompromiss, der eine Reihe neuer arbeitszeitpolitischer Instrumente brachte. So können Arbeitnehmer seither ihre Arbeitszeit für einen Zeitraum von 6 bis 24 Monaten auf bis zu 28 Stunden pro Woche verkürzen und anschließend wieder in Vollzeit wechseln. Des Weiteren wurde ein tarifliches Zusatzgeld (T-ZUG) vereinbart, das von Schichtarbeitern und Beschäftigten mit Kindern oder zu pflegenden Angehörigen in zusätzliche freie Tage umgewandelt werden kann, sofern der Betrieb die ausfallende Arbeitszeit auf gleichem Qualifikationsniveau ersetzen kann.

Im Gegenzug wurde es den Unternehmen erleichtert, die tarifliche Wochenarbeitszeit für einen größeren Teil der Beschäftigten von 35 auf maximal 40 Stunden zu erhöhen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat nun geprüft, welche Auswirkungen die neuen Regelungen auf die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie haben. Das IW hat dazu zwischen April und Juni 2019 knapp 800 flächentarifgebundene Unternehmen befragt. Die wichtigsten Ergebnisse (Grafik):

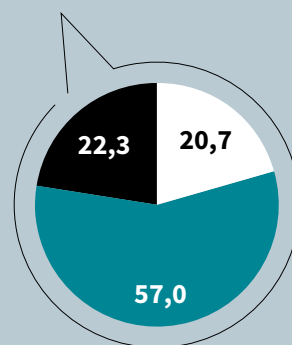
Während knapp 16 Prozent der Betriebe sagen, dass sie flexibler agieren können, hat sich für 25 Pro-

M+E-Industrie: Flexibilität der Arbeitszeit gesunken

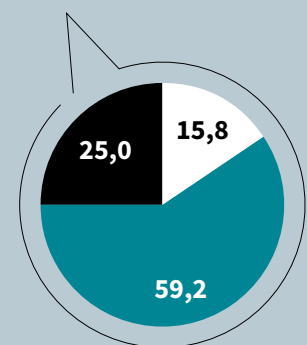
So viel Prozent der Unternehmen in der Metall- und Elektro-Industrie antworteten auf die Frage „Wie ändert sich das Arbeitszeitvolumen/die betriebliche Arbeitszeitflexibilität durch die neuen Tarifregelungen in Ihrem Betrieb?“ wie folgt

- erhöht sich
- ändert sich nicht oder kaum
- verringert sich

Arbeitszeitvolumen



Arbeitszeitflexibilität



Befragung von 783 flächentarifgebundenen M+E-Unternehmen zwischen April und Juni 2019

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

zent unter dem Strich die Arbeitszeitflexibilität verringert.

Für die restlichen 60 Prozent waren keine oder kaum Veränderungen spürbar.

Insgesamt sehen die Arbeitgeber vor allem die Praktikabilität der Arbeitszeitregelungen kritisch. Fast 46 Prozent bemängeln eine Verschlechterung durch die neuen Bestimmungen. Lediglich 4 Prozent der Unternehmen finden die jetzigen Regelungen praktikabler.

Das wirkt sich auch auf die Gesamtbewertung der neuen Arbeitszeitregelungen aus:

In knapp 48 Prozent der M+E-Unternehmen ist die Zufriedenheit bezüglich der Arbeitszeitregelungen gesunken.

Dabei fällt auf, dass vor allem Unternehmen mit 500 und mehr Mitarbeitern weniger zufrieden sind. Ein Grund könnte die höhere Betroffenheit von verkürzter Vollzeit und den Freistellungstagen sein. So haben in Unternehmen mit 500 und mehr Mitarbeitern 19,6 Prozent der Beschäftigten Anträge auf die Freistellungstage gestellt, in Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern nur 13,5 Prozent.

Um den Arbeitsausfall zu kompensieren, wurden mit dem 2018er-Abschluss neue Quotenregelungen eingeführt. Diese kommen vor allem bei großen Unternehmen gut an (Grafik):

Knapp 56 Prozent der flächentarifgebundenen M+E-Betriebe ab 2.000 Mitarbeitern sind mit den erweiterten Quotenregelungen zufrieden.

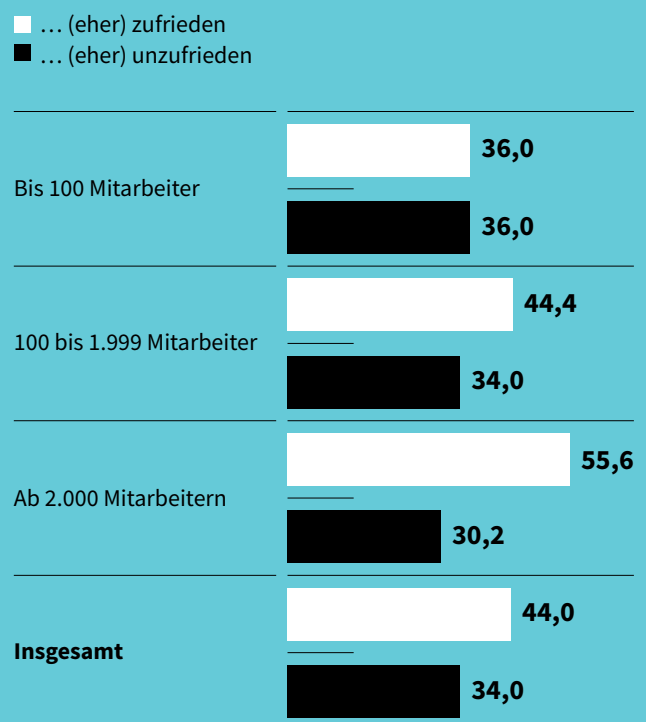
Über alle Betriebsgrößen hinweg liegt der Zuspruch bei 44 Prozent, 34 Prozent sind dagegen unzufrieden mit den Maßnahmen.

Nicht alle Unternehmen nutzen die neuen Möglichkeiten. Das IW unterteilt die Unternehmen daher danach, ob sie in der „neuen Welt“ oder in der „alten Welt“ der Arbeitszeitregelungen agieren. Betriebe der neuen Welt setzen auf die erweiterten Quotenregelungen. Dafür müssen sie aber akzeptieren, dass der Betriebsrat sein Veto einlegen kann, wenn die Quoten überschritten werden. Ein solches Vetorecht gab es in der „alten Welt“ nicht. In der Umfrage zählten 54 Prozent zur Gruppe „neue Welt“.

Im direkten Vergleich zeigt sich, dass Unternehmen der neuen Welt zufriedener mit Arbeitszeitflexibilität und Arbeitszeitvolumen sind. Außerdem hat sich das Arbeitszeitvolumen in Betrieben der neuen Welt mit 18 Prozent deutlich seltener reduziert als in Unternehmen der alten Welt (29 Prozent). Die neuen Quotenregelungen scheinen also ein nützliches Instrument zu sein, um die Auswirkungen von verkürzter Vollzeit und T-ZUG teilweise auszugleichen.

M+E-Industrie: Neue Quotenregelungen bei großen Unternehmen beliebter

So viel Prozent der M+E-Unternehmen sind mit den erweiterten Quotenregelungen durch den Tarifabschluss 2018 ...



Befragung von 783 flächentarifgebundenen M+E-Unternehmen zwischen April und Juni 2019; Quotenregelungen: In einem Unternehmen dürfen mehr Beschäftigte länger als 35 Stunden in der Woche arbeiten, um den Verlust des Arbeitszeitvolumens durch verkürzte Vollzeit und mehr Freizeit der Kollegen auszugleichen
Rest zu 100: nicht relevant

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Entscheidend ist aber, wie die Unternehmen auf Dauer mit den neuen Regelungen zurechtkommen.

Geht das Arbeitszeitvolumen zurück oder werden die Arbeitszeitregelungen weniger praktikabel, wirkt sich dies negativ auf die Verbundenheit mit dem Flächentarifvertrag aus. Diese kann auch sinken, wenn Betriebe schlecht mit der verkürzten Vollzeit oder dem T-ZUG leben können.

Eine zu große Komplexität der Arbeitszeitregelungen kann vor allem kleine und mittlere Unternehmen von einer Flächentarifbindung abschrecken.

Weltweit präsent

Metall- und Elektro-Industrie. In der globalisierten Wirtschaft arbeiten die Firmen mit Produktionsstandorten und Zulieferbetrieben in vielen Ländern der Welt. Die Unternehmen der exportstarken Metall- und Elektro-Industrie sind auch bei den Investitionen im Ausland Spitze. Die aktuelle Corona-Epidemie zeigt aber auch, wie verletzlich die internationalen Netzwerke sind.

Kaum ein Wirtschaftszweig in Deutschland ist so stark internationalisiert wie die Metall- und Elektro-Industrie. Sie war auf der einen Seite allein im Jahr 2018 für 60 Prozent der deutschen Warenexporte verantwortlich. Auf der anderen Seite bezieht sie auch viele Vorleistungen aus anderen Ländern.

Um ihre weltweite Bedeutung zu sichern, setzt die deutsche M+E-Industrie auf Standorte rund um den Globus. Zum einen, um so einen Teil ihrer Produkte vor Ort herstellen und damit Transportwege verkürzen zu können. Zum anderen, um Vertriebs- und Kundennetzwerke aufzubauen und dadurch den Erfolg auf ausländischen Märkten zu steigern. Daher investieren die Unternehmen der M+E-Industrie schon seit vielen Jahren in ihr Auslandsgeschäft – und zwar stärker als andere Branchen, wie eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags zeigt:

Zwei Drittel der deutschen Autobauer investieren im Ausland, in der Industrie insgesamt sind es nur 46 Prozent.

Auch der Maschinenbau (53 Prozent), der sonstige Fahrzeugbau (59 Prozent) und die Elektroindustrie (54 Prozent) liegen deutlich über dem Schnitt des Verarbeitenden Gewerbes.

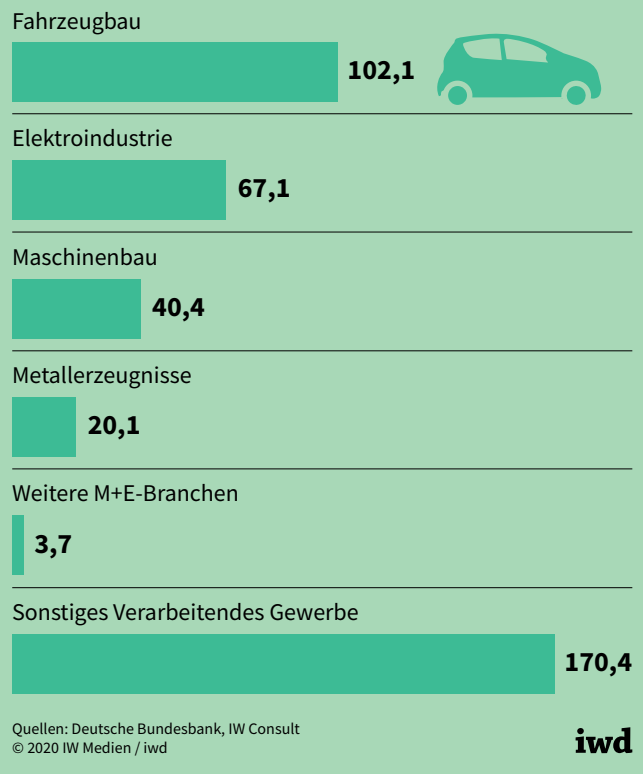
Mittlerweile haben sich dadurch beachtliche Bestände entwickelt (Grafik):

Der Fahrzeugbau hat bis zum Jahr 2017 einen Direktinvestitionsbestand von mehr als 102 Milliarden Euro aufgebaut.

Die Elektroindustrie mit 67,1 Milliarden Euro und der Maschinenbau mit 40,4 Milliarden Euro verfügen ebenfalls über eine starke Auslandspräsenz. Insgesamt beläuft sich der Bestand an Direktinvestitionen in der M+E-Indus-

Direktinvestitionen der deutschen Industrie: Fahrzeugbau sehr aktiv

So viele Milliarden Euro betragen die Investitionsbestände dieser Branchen im Ausland im Jahr 2017



trie auf rund 233 Milliarden Euro. Das restliche Verarbeitende Gewerbe kommt auf gut 170 Milliarden Euro.

Die M+E-Industrie kann dabei außerdem auf eine positive Entwicklung blicken:

Von 2010 bis 2017 ist der Bestand der Direktinvestitionen der M+E-Unternehmen um rund 54 Prozent gestiegen.

Im Vergleich dazu wuchs der Direktinvestitionsbestand in anderen Wirtschaftszweigen mit rund 40 Prozent deutlich geringer.

Die M+E-Branchen sind oftmals vor allem in den klassischen Industriestaaten vertreten (Grafik):

In der Elektroindustrie liegt der Bestand der deutschen Direktinvestitionen in diesen traditionellen Wettbewerbsländern bei 38 Milliarden Euro.

Besonders stark ist die Branche in den USA präsent. Allein die Bestände in den Vereinigten Staaten übersteigen mit gut 19 Milliarden Euro jene in den neuen Wettbewerbsländern, also vor allem in den europäischen und asiatischen Schwellenländern. Dort kommen gut 16 Milliarden Euro zusammen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich im Maschinenbau. Auch hier sind rund zwei Drittel des Bestands an Direktinvestitionen in Industriestaaten zu finden.

Die Automobilindustrie geht einen anderen Weg und ist vor allem in aufstrebenden Staaten aktiv. Zurückzuführen ist diese Strategie auf die stark wachsenden Märkte und die damit verbundenen guten Absatzchancen in den Schwellenländern. Allein in China verfügt die Branche über Bestände von gut 24 Milliarden Euro. Vom Ausbruch der Corona-Epidemie in China waren diese Standorte deshalb unmittelbar und als Erste betroffen.

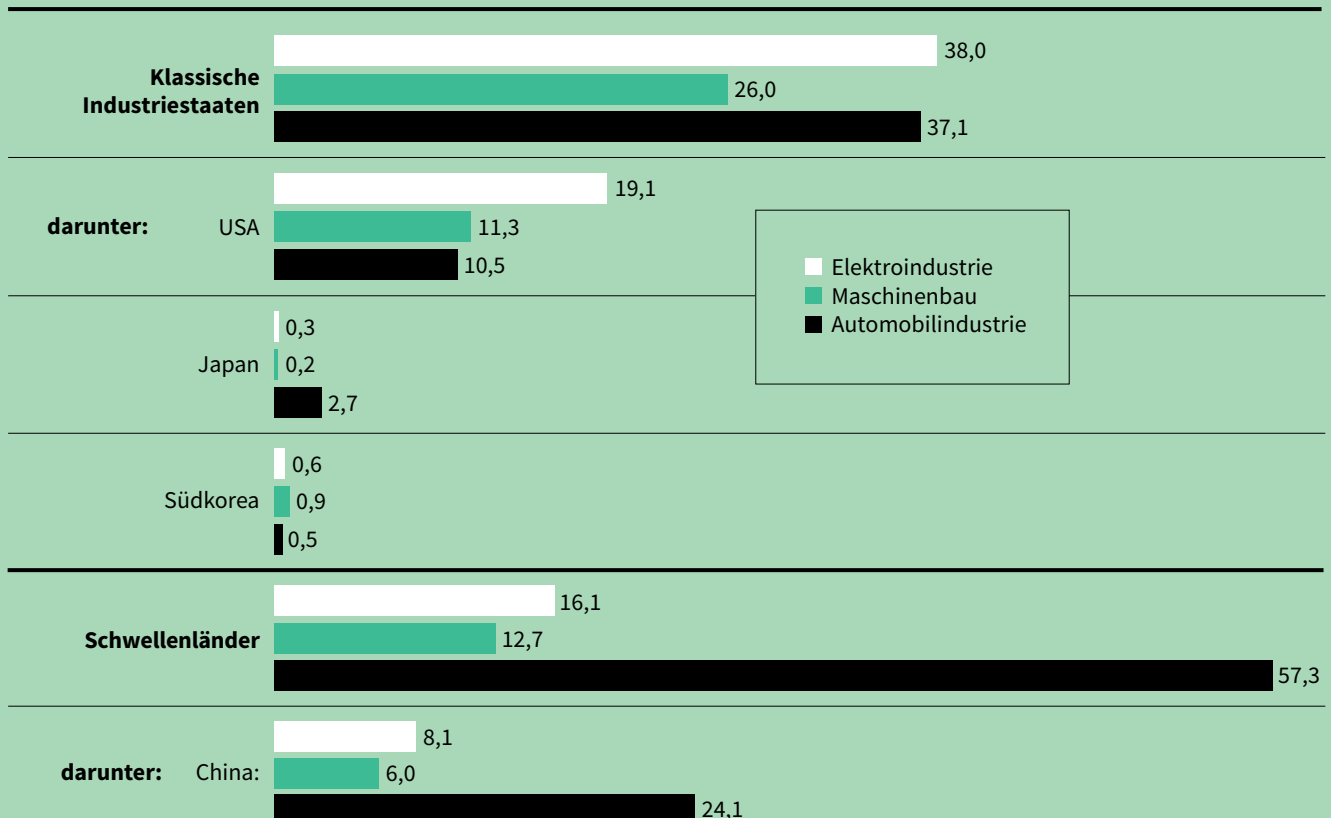
Neben den Beständen sind die jährlichen Investitionsströme ein wichtiger Indikator für das Auslandsengagement deutscher Unternehmen. Auch hier war die M+E-Industrie zuletzt sehr aktiv:

Im Jahr 2018 beliefen sich die Nettodirektinvestitionszuwächse der deutschen M+E-Industrie auf insgesamt rund 15,3 Milliarden Euro.

Das entsprach der Hälfte der Nettodirektinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes und rund 14 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Direktinvestitionen.

Direktinvestitionen mehrheitlich in klassischen Industrieländern

Deutsche Direktinvestitionsbestände in M+E-Unternehmen im Ausland im Jahr 2017 in Milliarden Euro



Deutsche Lohnstückkosten steigen besonders schnell

Wettbewerbsfähigkeit. Die deutschen Industriebetriebe produzieren meist teurer als die ausländische Konkurrenz, wie ein Vergleich der Lohnstückkosten in 28 Ländern für das Jahr 2018 zeigt. Daran dürfte sich auch 2019 wenig ändern, denn die Lohnstückkosten sind im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland zuletzt besonders stark gestiegen.

Die Lohnstückkosten geben an, wie hoch die Arbeitskosten je Wertschöpfungseinheit sind. Im internationalen Vergleich produziert das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland vergleichsweise teuer (Grafik):

Im Jahr 2018 nahm Deutschland im Lohnstückkosten-Ranking, das 28 wichtige Industrieländer unter die Lupe nimmt, den sechsten Platz ein.

Vor allem die außereuropäische Konkurrenz fertigt deutlich weniger arbeitskostenintensiv. Die USA konkurrieren im internationalen Wettbewerb im Vergleich zu Deutschland mit Lohnstückkosten, die ein Fünftel niedriger sind. In Japan produzieren Industrieunternehmen sogar ein Viertel günstiger als in der Bundesrepublik.

Am höchsten sind die Lohnstückkosten in der Industrie Norwegens – sie übertreffen das deutsche Kosten-

niveau um 12 Prozent. Auch Kroatien, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Estland haben zwischen 3 und 7 Prozent höhere Lohnstückkosten als Deutschland.

Innerhalb der EU weisen 13 Länder gegenüber Deutschland einen Lohnstückkostenvorteil von mindestens einem Zehntel auf, darunter sieben Länder aus dem Euroraum. Im Schnitt der Euroländer – ohne Deutschland – fallen die Lohnstückkosten um 8 Prozentpunkte niedriger aus als in der Bundesrepublik.

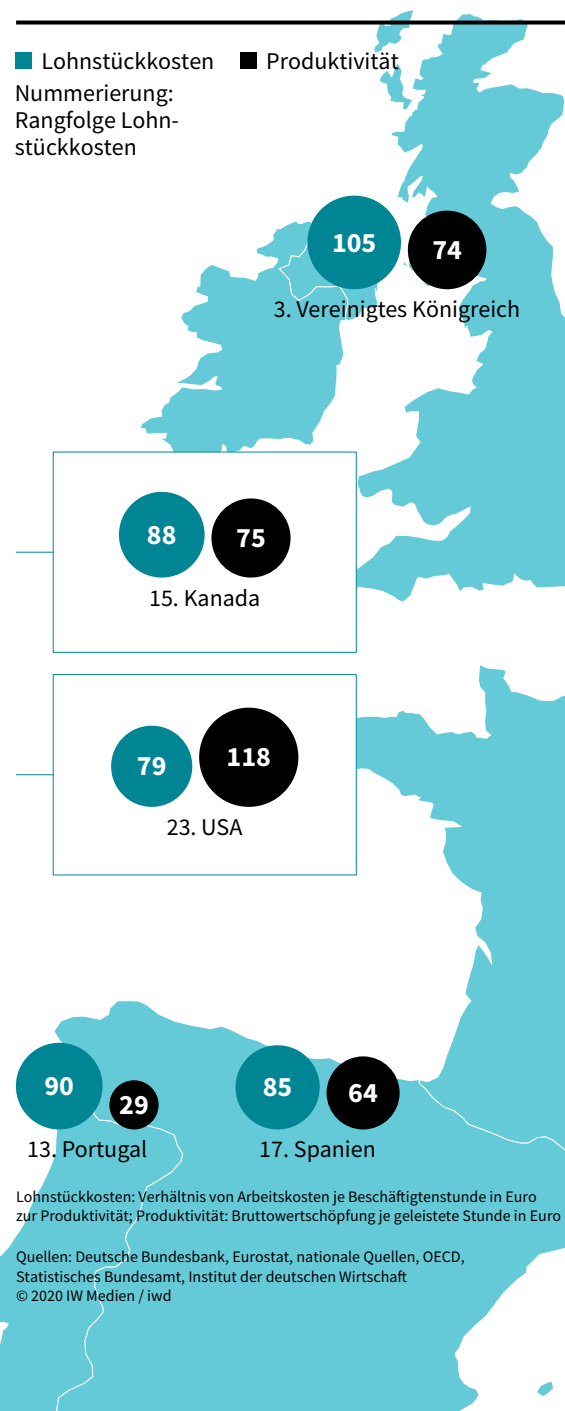
Auch die Arbeitsproduktivität ist ein wichtiges Maß für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Deutschland schneidet bei diesem Indikator gut ab: Unter 28 Ländern erreichte Deutschland 2018 Platz neun, höher war die Wertschöpfung je Arbeitsstunde nur in den skandinavischen Ländern, den USA, in Belgien, den Niederlanden und in Österreich. Die Produktivität der 27 Vergleichsländer blieb um 12 Prozent hinter derjenigen Deutschlands zurück, der Euroraum hatte sogar einen Rückstand von 15 Prozent. Trotzdem reichte das Produktivitätsniveau in Deutschland nicht aus, um den Nachteil der hohen Arbeitskosten auszugleichen.

Die deutsche Lohnstückkostenposition hat sich 2019 zudem weiter verschlechtert:

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts sind die Lohnstückkosten im Verarbeiten-

Lohnstückkosten und Produktivität international

im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2018, Deutschland = 100



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde in Euro

Quellen: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

den Gewerbe in Deutschland im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr um 6,3 Prozent gestiegen – vor allem deshalb, weil die Produktivität je Arbeitsstunde sank.

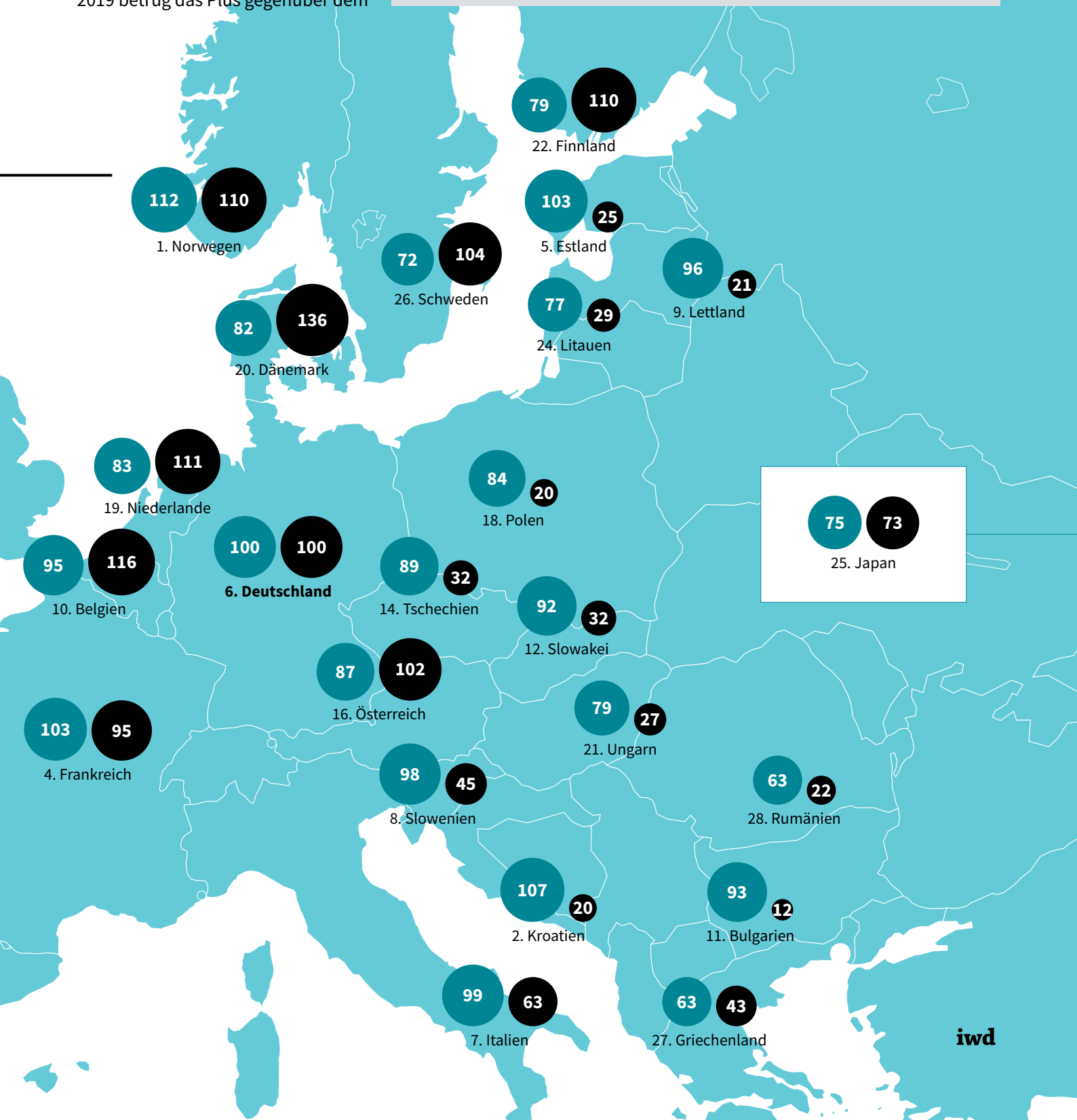
In den anderen Euroländern haben sich die Lohnstückkosten deutlich langsamer erhöht – in den ersten neun Monaten des Jahres 2019 betrug das Plus gegenüber dem

Vorjahreszeitraum lediglich 2,7 Prozent. Auch in den USA blieb der Anstieg der Lohnkosten in den ersten drei Quartalen mit 3,2 Prozent weit hinter dem deutschen Wert zurück.

Damit ist die deutsche Lohnstückkostenposition gegenüber dem übrigen Euroraum so schlecht wie zuletzt 2002.

Aus IW-Trends 1/2020

Christoph Schröder: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich
iwkoeln.de/lohnstueckkosten_2020



Mehr Regulierung wäre schädlich

Flexible Beschäftigung. Die Betriebe in Deutschland haben zuletzt eher unbefristete Stellen geschaffen und zugleich flexible Beschäftigungsverhältnisse reduziert als umgekehrt. Eine strengere Regulierung der flexiblen Erwerbsformen ist daher nicht nur unnötig, sie könnte sogar Arbeitsplätze kosten.

Das Gerücht hält sich hartnäckig: Die Unternehmen in Deutschland reduzieren aus Kostengründen ihre Kernbelegschaft und stellen stattdessen Mitarbeiter nur befristet ein, heuern Zeitarbeitnehmer an oder setzen auf Werkverträge.

In der Realität aber ist zwar der Anteil der 15- bis 64-Jährigen, die einer sogenannten atypischen Beschäftigung nachgehen, zwischen 2005 und 2018 von 12,4 auf 13,9 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung gestiegen. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch der Anteil der Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen von 40,2 auf 48,6 Prozent.

Dass die vermeintlich prekären Jobs reguläre Arbeitsplätze nicht

verdrängen, sondern ergänzen, zeigen auch die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erhobenen repräsentativen Daten von 16.000 Betrieben (Grafik):

Nur rund 9 Prozent der Betriebe in Deutschland haben von 2012 bis 2017 die Zahl ihrer flexiblen Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet, ohne mehr unbefristete Mitarbeiter zu beschäftigen.

Dagegen haben fast 37 Prozent der Betriebe ihre Kernbelegschaft aufgestockt und zugleich die Zahl der flexibel beschäftigten Arbeitskräfte reduziert oder konstant gehalten.

Grundsätzlich greifen die Firmen vor allem dann verstärkt auf Befristungen, Zeitarbeit und Werkverträge

zurück, wenn die Geschäftsperspektiven besonders unsicher sind.

Vor diesem Hintergrund sind die Absichten der Bundesregierung, befristete Jobs stärker zu regulieren, kontraproduktiv. Denn für die Betriebe würde es daraufhin mühsamer, personalpolitisch flexibel auf Konjunkturschwankungen zu reagieren. Vermutlich würden die Unternehmen dann generell weniger Arbeitskräfte nachfragen – was vor allem Berufsanfänger und Wiedereinsteiger hart treffen könnte.

Aus IW-Trends 1/2020

Holger Schäfer: Betrieblicher Einsatz flexibler Erwerbsformen
iwkoeln.de/flexible_erwerbsformen

Feste Arbeitsplätze werden nicht durch flexible Jobformen ersetzt

Lesebeispiel: Von 2012 bis 2017 haben nur 6,6 Prozent der Betriebe in Deutschland die Zahl der Beschäftigten in flexiblen Erwerbsformen erhöht und zugleich die Zahl der unbefristeten Mitarbeiter reduziert. Dagegen haben 10,9 Prozent der Betriebe zusätzliche unbefristete Arbeitsplätze geschaffen und die Zahl der flexibel Beschäftigten verringert.

In so viel Prozent der Betriebe in Deutschland hat sich im Zeitraum von 2012 bis 2017 die Zahl der ... wie folgt entwickelt

		... unbefristet Beschäftigten		
		Gesunken	Gleich geblieben	Gestiegen
... befristet Beschäftigten, Zeitarbeitnehmer und Beschäftigten mit Werkvertrag	Gesunken	4,1	2,1	10,9
	Gleich geblieben	19,8	22,9	25,6
	Gestiegen	6,6	2,3	5,9

Die Web-Hauptstadt

Servicefreundlichkeit. *Wie es um die Qualität kommunaler Websites bestellt ist, hat die IW Consult in einer Studie untersucht. Berlin schneidet unter den 100 größten deutschen Städten am besten ab. Doch es sind nicht nur die Metropolen, die sich im Ranking weit vorn platzieren können. Verbesserungspotenzial gibt es gleichwohl überall.*

Den Bewohnerparkausweis ordern, das Freizeitprogramm durchforsten oder Wissenswertes zum Thema Bauen erfahren – kommunale Internetauftritte bieten in der Regel ein breites Angebot an Informationen und Services. Doch nicht immer stimmt die digitale Qualität.

Die IW Consult hat im Auftrag von Haus & Grund die Informations- und Serviceleistung der 100 größten deutschen Städte auf ihren jeweiligen Websites untersucht. Kriterien waren die Teilbereiche Wohnen, Bauen, Bürgerservice, Unternehmensservice, Mobilität, Familie und Freizeit sowie die mobile Darstellung der Seite. Insgesamt schnitt die Hauptstadt am besten ab (Grafik):

Berlin ist im Ranking der IW Consult die servicefreundlichste Stadt Deutschlands.

In vier der sechs Themenbereiche liegt die Hauptstadt auf den vorderen Rängen, bei Mobilität und Unternehmensservice sichert sie sich jeweils den Spitzenplatz.

Die Studie zeigt aber auch, dass die Qualität nicht zwingend mit der Größe der Stadt zusammenhängt. So finden sich unter den zehn servicefreundlichsten Kommunen neben drei Millionenstädten sowohl kleinere Großstädte wie Schwerin und Worms als auch größere wie Augsburg und Essen.

Am anderen Ende des Rankings ist das Bild dagegen recht eindeutig:

Von den zehn letztplatzierten Städten haben mit Ausnahme von Chemnitz alle weniger als 150.000 Einwohner.

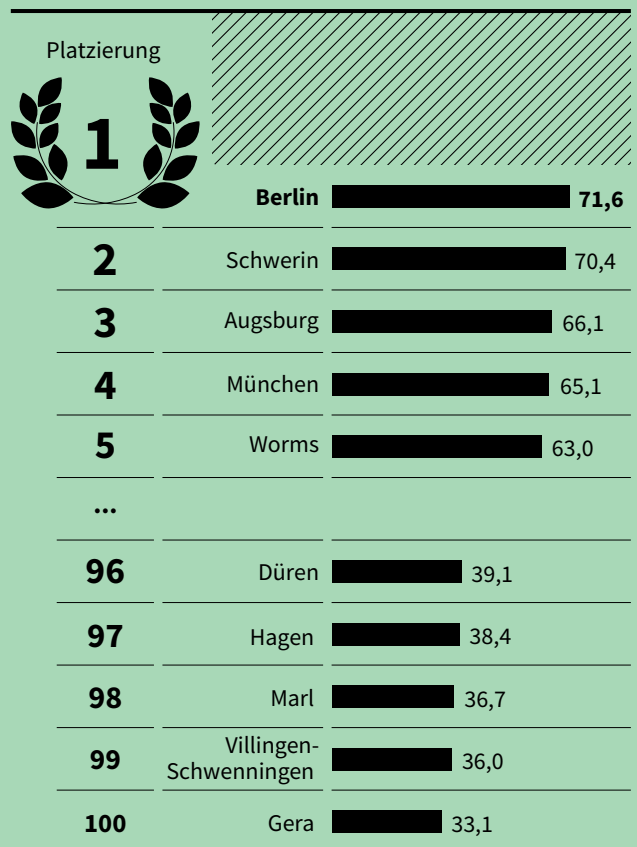
Optimierungspotenzial gibt es aber auf sämtlichen Websites. Die Forscher empfehlen unter anderem den Ausbau der digitalen Dienstleistungen, sodass die Zahl der Behördengänge reduziert werden kann. Zudem mahnen sie an, das Gestalterische nicht außer Acht zu lassen. Eine intuitive und klare Menüführung helfe den

Usern, schnell an ihr Ziel zu kommen, und erhöhe so die Akzeptanz.

Lob gibt es natürlich auch. So nutzen einige Kommunen sogenannte Schnellschalter, um biometrische Eigenschaften wie Fingerabdrücke und Unterschriften zu verarbeiten, andere bieten digital eine Voranmeldung für jene Bürger an, die ihren Wohnsitz ummelden möchten.

Online: Berlin ganz vorn

Servicefreundlichkeit der Internetauftritte der 100 größten Städte Deutschlands im Jahr 2019 auf einer Skala von 0 bis 100



Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd



Gutachten

Vanessa R. Hünнемeyer, Hanno Kempermann: Servicefreundliche Stadt – Ranking der 100 größten Städte, Ergebnisbericht für Haus & Grund Deutschland
iwkoeln.de/servicefreundliche_stadt

Für Azubis aus Drittstaaten wird es einfacher

Zuwanderung. Für ausländische Fachkräfte aus Drittstaaten hat Deutschland an Attraktivität gewonnen. In den vergangenen Jahren profitierten vor allem Akademiker und Hochqualifizierte von den Möglichkeiten der Fachkräftezuwanderung. Wenn Anfang März das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft tritt, soll es auch für Nicht-EU-Bürger mit Berufsausbildung einfacher werden, in Deutschland zu arbeiten.

Die Liberalisierungen der Zuwanderungsmöglichkeiten zeigen erste Erfolge: Seit der Einführung der Blauen Karte EU in Deutschland 2012 sind immer mehr Akademiker aus Nicht-EU-Staaten eingereist (Grafik Seite 15):

Im Jahr 2018 kamen rund 12.000 Menschen aus Drittstaaten mit einer Blauen Karte EU nach Deutschland – das waren fast 25 Prozent mehr als im Vorjahr.

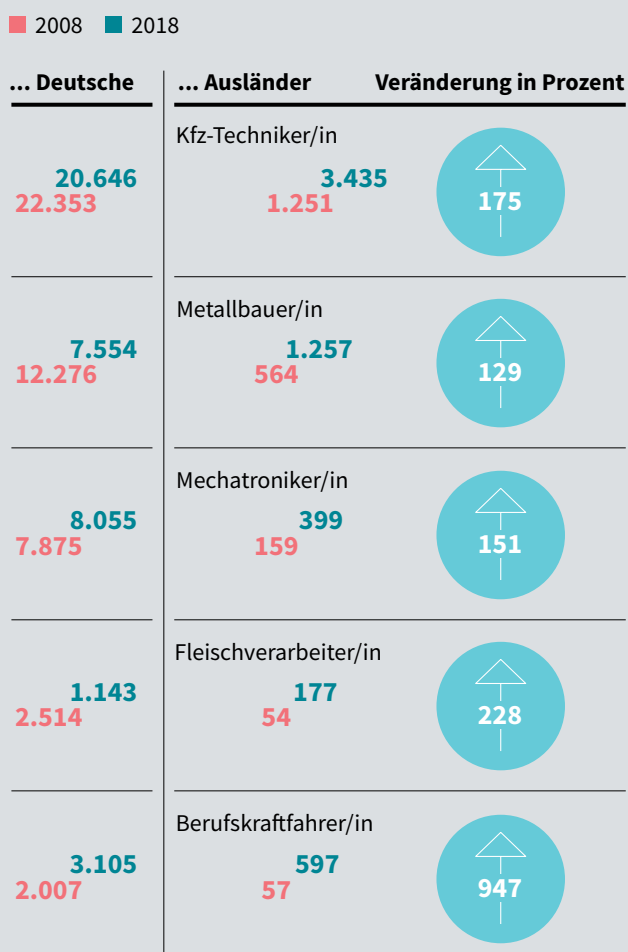
Laut Ausländerzentralregister lebten Ende Dezember 2018 annähernd 51.300 Personen mit einer Blauen Karte EU in Deutschland – 42 Prozent von ihnen arbeiteten in einem sogenannten Mangelberuf.

Maßgeblich für den Zuzug von Arbeitskräften aus Drittstaaten nach Deutschland sind bislang auf deutscher Seite der Bedarf der Wirtschaft und auf Bewerberseite die Qualifikation, das Alter, Sprachkenntnisse sowie die Nachweise für einen konkreten Arbeitsplatz und die Sicherung des Lebensunterhalts. Das neue Gesetz weicht von diesen Grundsätzen zwar nicht ab, erleichtert aber die Zuwanderung für Fachkräfte mit einer Berufsausbildung. Die Neuerungen im Einzelnen:

- Der Einstieg in den Arbeitsmarkt wird erleichtert: Kann eine qualifizierte Fachkraft aus einem Drittstaat ein verbindliches Jobangebot und eine in Deutschland anerkannte Berufsausbildung vorweisen, ist der Zugang zu allen Berufen möglich. Die bisherige Begrenzung auf Engpassberufe entfällt.
- Auf die Vorrangprüfung, die abklärt, ob Deutsche oder andere EU-Bürger für einen Arbeitsplatz zur Verfügung stehen, wird im Grundsatz verzichtet. Hintergrund ist, dass Fachkräfteengpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt weiter zunehmen: 79 Prozent aller Stellen, die Unternehmen bei der Bundesagentur für Arbeit im Jahr

Mangelberufe: Mehr ausländische Azubis

So viele ... schlossen einen neuen Ausbildungsvertrag in einem Beruf mit einem besonders starken Fachkräftemangel ab



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

2018 gemeldet haben, waren in Engpassberufen ausgeschlossen – die meisten davon für Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung.

- Die Einreise zur Arbeitsplatzsuche wird auch Fachkräften mit qualifizierter Berufsausbildung ermöglicht. Voraussetzung dafür sind Deutschkenntnisse auf dem Niveau B1 des Gemeinsamen Referenzrahmens für Sprachen und die Lebensunterhaltssicherung in Deutschland.

- Fachkräften, die einer qualifizierten Beschäftigung nachgehen, kann nach zwei Jahren Erwerbstätigkeit ein unbefristeter Aufenthalt ermöglicht werden, falls sie die Ausbildung in Deutschland absolviert haben. Wer einen ausländischen Berufsabschluss hat, kann die unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach vier Berufsjahren in Deutschland erhalten.
- Ausbildungsinteressierte aus Drittstaaten können zur Suche eines Ausbildungsplatzes nach Deutschland einreisen. Vorausgesetzt werden dabei Deutschkenntnisse auf dem Niveau B2, ein Abschluss einer deutschen Auslandsschule oder ein Schulabschluss, der zum Hochschulzugang berechtigt, ein Höchstalter von 25 Jahren und die eigenständige Lebensunterhaltssicherung.

Dies ermöglicht vor allem eine gezielte Anwerbung junger Menschen, die in Deutschland eine Berufsausbildung machen wollen. Denn eine andere Ursache für zunehmende Fachkräftengpässe ist, dass viele Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben. Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in handwerklichen Mangelberufen im Jahr 2018 zwar geringfügig gesunken, doch ohne die vielen neuen Auszubildenden ausländischer Herkunft wären noch weit weniger Verträge geschlossen worden (Grafik Seite 14). Die Zahl ausländischer Azubis hat sich seit 2008 von rund 5.500 auf mittlerweile 16.700 gut

verdreifacht. Die ausländischen Neu-Azubis aus dem Jahr 2018, die nicht aus der EU stammen, kommen überwiegend aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak. Dies lässt sich durch den starken Zuzug aus diesen Asylherkunftsländern seit 2015 erklären.

Und was bedeutet all dies für die Unternehmen?

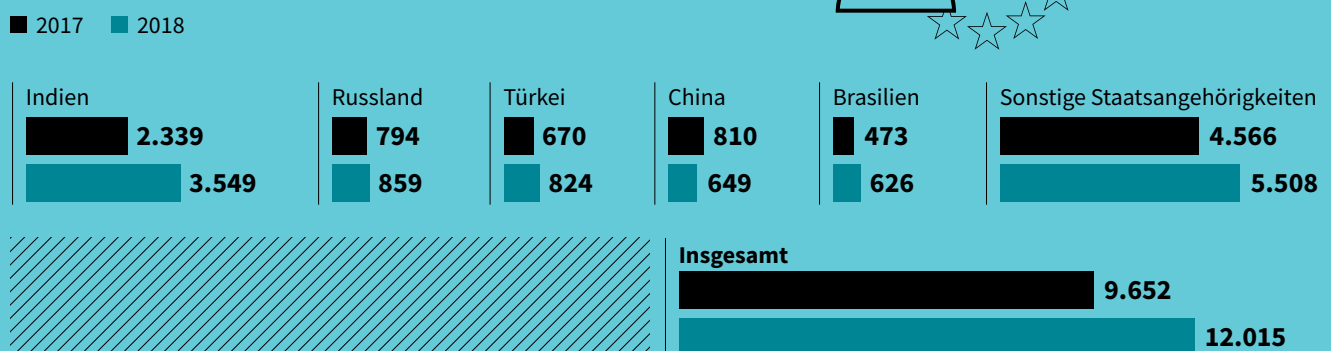
Für Arbeitgeber, die ausbilden, vergrößert sich durch das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Pool an potenziellen Mitarbeitern.

Unternehmen können außerdem ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren bei der zuständigen Ausländerbehörde in Deutschland einleiten, das die Dauer bis zur Erteilung des Visums deutlich verkürzen wird. Allerdings werden Betrieben auch Pflichten auferlegt. Wird das Beschäftigungsverhältnis vorzeitig beendet, muss der Arbeitgeber dies der zuständigen Ausländerbehörde mitteilen – und zwar innerhalb von vier Wochen.

Ob das neue Gesetz wirklich dazu beiträgt, dass aus Drittstaaten jährlich 25.000 zusätzliche Fachkräfte und Azubis den Weg nach Deutschland finden – so das Ziel der Bundesregierung –, muss sich in der Praxis zeigen. Denn das neue Gesetz sieht keine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland vor. Dabei sind diese Verfahren sowohl für zuwandernde Fachkräfte als auch für Arbeitgeber komplex und teuer.

Mehr Zuwanderung von Fachkräften

So viele Menschen aus Drittstaaten erhielten in Deutschland die Blaue Karte EU, die ihnen den Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit erlaubt



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. • **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff • **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther • **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland • **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) • **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber • **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper • **Grafik:** IW Medien GmbH • **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de • **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich • **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de • **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln • **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445 • **Druck:** Henke GmbH, Brühl • **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de • **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche



Prozent der deutschen Immobilienunternehmen achten beim Kauf einer Immobilie auf deren Energieeffizienz. Zu diesem Ergebnis kommt der IW-Immobilienstimmungsindex, für den jedes Quartal rund 600 Unternehmen der Immobilienwirtschaft nach ihrer konjunkturellen Lage befragt werden. In der zuletzt gestellten Sonderfrage gab kein einziges Unternehmen Energieeffizienz als „sehr wichtiges“ Entscheidungskriterium an, „eher wichtig“ immerhin 8 Prozent. Künftig dürfte die energetische Qualität von Gebäuden allerdings relevanter für Kaufentscheidungen werden: Auf die Frage „Wird das Thema Energieeffizienz in den nächsten zwölf Monaten wichtiger werden?“ antworteten rund 60 Prozent der Unternehmen mit „Ja“. Über die bauliche und anlagentechnische energetische Qualität eines Gebäudes informiert in Deutschland der Energieausweis. Er zeigt an, wie es um die Energieeffizienz des betreffenden Gebäudes im Vergleich zu anderen Gebäuden bestellt ist und welche Modernisierungen gegebenenfalls durchgeführt werden sollten. Der Energieausweis ist seit dem Jahr 2009 für alle Wohngebäude in Deutschland außer für Denkmalschutzgebäude Pflicht, seit Mai 2014 müssen Energieeffizienzstandards außerdem bereits in Immobilienanzeigen genannt werden.

Top-Liste: Riesenschiffe in Riesenhäfen

Die zehn größten Containerhäfen der Welt liegen in Asien, Hamburg erreicht im Weltranking Platz 19. Im Jahr 2018 wurden in der Hansestadt 8,7 Millionen Twenty-foot Equivalent Units (TEU) umgeschlagen, 2019 sogar 9,3 Millionen. Weil der Hamburger Hafen 110 Kilometer von der offenen See entfernt ist, muss die Fahrrinne für die immer größeren Containerschiffe laufend verbreitert und vertieft werden. Seit Kurzem können auf dem bis zur Hamburger Landesgrenze ausgebauten Abschnitt der Elbe Schiffe mit einer addierten Breite von 98 statt 90 Metern aneinander vorbeifahren. Im Mai kommt ein besonders riesiges Schiff in den Hamburger Hafen: die südkoreanische HMM Algeciras mit einer Kapazität von 24.000 TEU.

Die größten Containerhäfen der Welt

Umschlag in 1.000 TEU im Jahr 2018

1. Schanghai (China)	42.010
2. Singapur (Singapur)	36.600
3. Ningbo-Zhoushan (China)	26.000
4. Shenzhen (China)	25.730
5. Guangzhou (China)	21.920
6. Busan (Südkorea)	21.592
7. Hongkong (China)	19.641
8. Qingdao (China)	19.300
9. Tianjin (China)	16.000
10. Dubai (Vereinigte Arabische Emirate)	14.954
...	
19. Hamburg (Deutschland)	8.726

TEU: Twenty-foot Equivalent Unit, Standardeinheit zur Zählung verschiedener Containergrößen

Quelle: Lloyd's List
© 2020 IW Medien / iwd